

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktionssitz: Tageblatt Riesa,
Giebelstr. Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Poststelle Dresden 1580
Giebelstr. Riesa Nr. 22.

Nr. 250.

Dienstag, 25. Oktober 1921, abends.

74. Jähr.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, monatlich 5.— Mark ohne Zusatzgebühr. Einzelnummer 20 Pf. Ausgaben für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags auszugeben und im vorraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Städten wird nicht übernommen. Preis für die 48 Std. vorher, 8 mm hohe Grundschiff-Geld (7 Silber) 1,50 Mark, Ostpreis 1,25 Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachzugs- und Vermittelungsgebühre 50 Pf. Reine Tarife. Beurkundliches Abatt erlaubt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Fälligste Unterhaltungsbesetzung: "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt Krieg oder sonstiger bedeutsame Störungen des Betriebes der Erzähler, der Riesaer oder der Verlegerin keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Höhnel, Riesa; für Angestellte: Wilhelm Dittich, Riesa.

Mittwoch, den 26. Oktober, vorm. 11 Uhr sollen im Amtsgericht Riesa 1 Schreibmaschine mit Tisch und 1 Siegelsofa mit gelinem Bezug versteigert werden.
Der Gerichtsvollzieher.

Nachmeldung von Kleinrentnern zwecks Mitberichtigung bei der Verteilung des sozialen Beihilfesfonds von 5 000 000 M.

Das sächsische Ministerium des Innern hat durch Verfügung vom 22. Oktober 1921 bekanntgegeben, dass Altersrenten, wie sie hinsichtlich den Rentnern der Sächsischen staatlichen Altersrentenbank und der Sächsischen Rentenversicherungsbank in Dresden gesetzt werden, dann nicht von der Ausweitung eines Anteils an jenem Hilfsfonds ausgeschlossen, wenn diese Renten allein oder in Verbindung mit anderen Einkommen aus-

Kapital oder Grundbesitz im Kalenderjahr 1920 nur ein Einkommen bis zu 2500 M. — bei Kaparen bis zu 4000 M. — ergeben. Die bereits am 12. September 1921 anderweit bekanntgegebenen Melbungsbedingungen werden deshalb wie folgt erweitert:

Bis einschließlich zum 29. Oktober 1921 können diejenigen Kleinrentner, welche sich nicht gemeldet haben, obwohl jene früheren und obige Bekanntmachungen bei ihnen aufgetreten, noch nachträglich ihre Melbung einreichen. Dieses hat unter vollständiger Ausfüllung des im Rathaus, Zimmer Nr. 10, erhältlichen Formulars rechtzeitig zu geschehen. Später eingelegte Melbungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Der Rat der Stadt Riesa, den 24. Oktober 1921.

Freibank Seerhausen. Mittwoch, 26. Oktober, 4 Uhr nachm. Verkauf von getrocknetem Schweinefleisch, Pfund 6 Mark.

Dertisches und Sächsisches.

Riesa, den 25. Oktober 1921.

* Gustav-Adolf-Fest in Glaubitz. Am letzten Sonntag, den 23. Oktober, fand in Glaubitz das Jahresfest des Gustav-Adolf-Vereins für Riesa und Umgebung statt. Trotz des stürmischen Wetters hatten sich zahlreiche Besucher von nah und fern eingefunden. Das Fest wurde durch einen Gottesdienst in der Kirche Glaubitz eröffnet; nach dem Gottesdienst predigte Sup. Siebig-Grohdanau über Phil. 1, 7. Er kegte den Apostel Paulus im Gesangnis als Bild eines lebendigen Gustav-Adolf-Mannes von heute hin, wie er das Evangelium kennt und wie er in Bruderlichkeit brennt. Seine zu Herzen gehenden Ausführungen spiegelten in dem Gedanken: das ganze Deutschland gleicht heute einer trauernden Mutter, die aber keine Zeit hat, sich ihrem eigenen Schmerz hinzugeben, sondern in Liebe ihrer Kinder gedenkt, die ein grauloses Feind von ihr gezeigt hat. Der Dank der Hörer für die gehaltvolle Predigt kam in dem Ergebnis der Kollekte (275 Mark) zum Ausdruck. An diesen Nachmittagsgottesdienst schloss sich 1,5 Uhr die Nachveranstaltung in den "Drei Lilien", die von Präster Friedrich als dem Vorsitzenden der Ortsgruppe Riesa eingeleitet und von dem Bläserchor des Meißner Jungmännervereins ausgeschlossen wurde. Im Mittelpunkt des Festes stand die Ansprache des Generalsekretärs V. Weißels vom Gustav-Adolf-Hauptverein in Leipzig. Der Berichterstatter bot aus eigener Anschauung Bilder aus dem schwedischen Reich aus, namentlich aus Österreichen. Mit ergreifenden Worten schilderte er das Schicksal des zweimal von den Polen überfallenen Dorfes Anhalt. Er wies nach, dass für Polen wie auch für Österreichen die politischen Fragen eng mit den religiösen verknüpft sind, da die Deutschen zumeist evangelisch sind, die Polen fast durchweg katholisch. Der Berichterstatter sprach von den sozialen Verlehrungen, die Polen und sollte schließlich als die große Aufgabe des Gustav-Adolf-Vereins hin: Die evangelischen Christen müssen ihren leidenden Glaubensgenossen in den abgetrennten Gebieten den Rücken stellen, das sie als treue Zeugen ihres Glaubens ausstellen. Ein jeder ist zu dieser Arbeit berufen: durch sein Gebet und durch seine Gaben kann er das evangelische Deutschland in Überlebensunterstützung freiliegen, gebettet dazu, dass sich das deutsche Volk in seiner Freiheit auf sich selbst befreit und wieder ein Gottesvolk wird. Reicher Beifall des aufmerksamen Versammlung folgte den zu Herzen gehenden Worten des Berichterstatters. Der Ortsgruppenleiter Glaubitz-Glaubitz sprach zum Schluss seinen Dank aus. Die Kollekte in der Nachveranstaltung ergab 323 Mark. Mögen die Worte nun auch in dem Gewissen aller Hörer einen Widerhall finden!

* Der Autounfall in der Schönstraße am 21. d. Mts. sei noch nachgetragen, dass die Schuld an dem Unfall nicht den Kraftwagenfahrer trifft. Dieser hat den Verletzten nach dem Krankenhaus gefahren. Die Verlegerungen des C sind nicht schwer.

* Vorräume bei der Landespolizei zu Riesa. Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilte mit: Bei der Verteilung Riesa der Landespolizei mussten ein Unterwachtmeister und ein Hilfspolizist wegen Dienstlicher Verfehlungen entlassen werden. Der eine Beamte hatte ohne Urlaub seinen Dienstort für vier Tage verlassen und seinen Dienst versäumt. Um die Entlastung seiner Entfernung zu verhindern, hatte er seinen Dienst an einem anderen Beamten "verkauft", der wiederum, um diesen Dienst übernehmen zu können, seinen eigenen Dienst als Handwerker veräußern musste. An diese Entlastung sind von einem Teil der Presse Kommentare getragen worden, als wenn die Entlastung dieser Beamten auf die angebliche politische Bestimmung eines Polizeioffiziers zurückzuführen sei. Diese Darstellung ist nicht zutreffend. Für die Entlastung der beiden Wachtmeister sind allein die angeführten sachlichen Gründe, nämlich ihre schwere dienstliche Verfehlung maßgebend gewesen. Da bei Feststellung des Tatbestandes der zuständige Polizeioffizier den einen der beiden schuldigen Beamten unverantwortlichhaft bestimmt, hat auch er eine Disziplinarstrafe erhalten.

* Kartoffelpreise. Bekanntlich ist auf Anregung des Reichswirtschaftsministeriums beim Landesforschungsrat eine Preisnotierungskommission gebildet worden, deren Aufgabe es ist, auf Einhaltung angemessener Kartoffelpreise hinzuwirken. Sie ermittelte zu diesem Zweck die Preise, die nach Übereinstimmung der Meinung der in ihr sitzenden Vertreter des Erzeuger, Händler und Verbraucher die angemessenen Erzeugerpriise sind. Diese Preisnotierungen haben jedoch leider die erwartete Wirkung nicht gehabt. Besonders sind es auffällige Aufläufe, die den Landwirten jedes Mal übersteigende Preise bieten und hierdurch die Kartoffeln ungemein verteuern und außerdem noch beträchtliche Mengen Kartoffeln dem Lande entziehen. Das Reichswirtschaftsministerium hat sich, wie mitgeteilt wird, deshalb trotz schwerwiegender Bedenken nun mehr veranlaßt, die Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft zum Erlass eines Verbotes der Kartoffelausfuhr aus-

Sachsen zu beantragen. Um jedoch zu verhindern, dass darüber hinausgehend Länder ein gleiches Verbot erlassen, hat es zugleich gelassen, etwa für Überseehäfen bestimmte Schenkungen von Ausfuhrverboten nicht zu erlassen. Weiter hat es den Reichsnährstandsfürst zu erlassen, dass im ganzen Reichsgebiet unangemessen hohe Preise bleiten oder zahlen, sofort der Handel mit Kartoffeln unterstellt wird. Endlich hat es den seiner Verwaltung unterstehenden Staatsräten den Verlauf von Kartoffeln nach außerstädtischen Gebieten untersagt. Die Güter sollen ihre Kartoffeln vorzugsweise an Großhändlern ablegen und sich beim Verkaufe an die Preise halten, die die Preisnotierungskommission des Landesforschungsrates jeweils feststellt. Das Recht, Zwangsmaßnahmen zu Gunsten der Käufer zu treffen, steht dem Wirtschaftsministerium zurzeit leider nicht zu. Am nächsten Donnerstag findet eine Konferenz der Ernährungsminister aller Länder statt, auf deren Tagesordnung die Kartoffelfrage an erster Stelle steht. Die dort fallenden Entscheidungen müssen abgewartet werden, ehe die Landesregierungen im Interesse von Vollmarkt sind, die es ihnen ermöglichen, zu Gunsten der Verbraucher einzutreten. Die sächsischen Amtshauptmannschaften sind erneut erinnert worden, dass beiztweise Ausfuhrverbote ungültig sind. Die Verbraucher müssen es unterlassen, ihre Behörden zu solchen Ausfuhrverboten zu drängen, weil sonst nur andere Verbraucher in Schwierigkeiten geraten werden.

* Preiserhöhung für Margarine. Der Margarineverband hat infolge des Sturzes der deutschen Währung die Verkaufspreise ab 20. Oktober um 5,50 bis 7.— Mark je Pfund für die gängigen Marken erhöht. Insolge dessen erhöhen sich die Preise auf 26 Mark für Extra-Marken, auf 24 Mark für Spezial-Marken, auf 22,50 Mark für die erste und 21 Mark für die zweite hausmarkte. Der Preis für Backware beträgt 24 Mark je Pfund.

* Abhöhung der Annahmewerte für Brot und Süßigkeiten. Wegen außergewöhnlichen Bedarfs an Brot für den Kartoffelzettel wird die für Montag und Dienstag, den 24. und 25. Oktober angeordnete Annahmewerte für Brothaushalt bei den Güterfertigstellungen im Bereich der Eisenbahn-Generaldirektion Dresden auf Mittwoch und Donnerstag, den 26. und 27. Oktober ausgedehnt. Leichtverdauliche Lebensmittel, insbesondere Kartoffeln und Obst, werden an allen vier Tagen trocken der Everett zur Belieferung angenommen.

* Nochmäßige Erhöhung der Elberfracht. Infolge der Erhöhung der böhmischen Braunkohlenpreise sind die Betriebskosten für die Flussfracht erheblich gestiegen. Demzufolge sind die Frachten auf der mittleren Elbe um 297 bis 433 Pfennige, auf der oberen Elbe um 610 bis 733 Pfennige für 100 Kilogramm mit Rückwirkung zum 20. Oktober erhöht worden.

* Der Bund deutscher Verkehrsvereine hatte gemeinschaftlich mit dem Vorortverkehrverein Bremen und dem Beauftragten deutscher Städte und Industrievertretungen für Vorortverkehr an das Reichsministerium das Erleben gerichtet, mit den 1. Dezember 1921 den Revisionarist im Vorortverkehr mit Rücksicht auf die durch das Reich seit Jahrzehnten betriebene planmäßige Siedlungspolitik keinesfalls zu erhöhen, wenigstens nicht vor nächstem Frühjahr, um den Vororten Gelegenheit zu geben, ihre Ausgaben erst allmählich umzustellen. Daraufhin hat das Reichsverkehrsministerium eine Prüfung der Sach veranlasst, deren Ergebnis noch aussteht.

* Landwirtschaftliche Warenbörse Großenhain und Lübbenau. Notierungen am 24. Oktober: Weizen 240—295, Roggen 190—195, Hafer 190 bis 200, Mais 220, Sommer-Gerste 260—280, Wintergerste —, Roggen- und Weizen-Stroh 20—25, Roggen- und Weizen-Kleie 140, Lein 90—100, Kartoffeln —. Stimmung sehr.

* Eine Verordnung über die dreimonalige Polizei hat das Ministerium des Innern erlassen. Danach ist jeder über 15 Jahre alte Ausländer verpflichtet, sich binnen 24 Stunden nach der Ankunft bei der Polizeibehörde des Anlaufsortes anzumelden. Die Anmeldung ist nicht erforderlich, wenn der Aufenthalt im Bezirk ein und derselben Polizeibehörde nicht länger als 24 Stunden dauert. Bei der Anmeldung sind Fälle oder Fälle vorzubringen. Alle über 15 Jahre alten Ausländer, die bei Eintritt in die Verordnung sich bereits mehr als 24 Stunden im sächsischen Staatsgebiet aufgehalten haben, sind verpflichtet, die Anmeldung binnen 24 Stunden nachzuholen. Ebenso ist derjenige, der an Ausländer Wohnung oder Unterkunft geldlich oder unentgeltlich gewährt, verpflichtet, sich von der erfolgten polizeilichen Anmeldung des zugezogenen Ausländer bis 48 Stunden zu vergewissern. Wird ihm die Anmeldung nicht nachgewiesen, so hat er der Polizei binnen 24 Stunden schriftlich oder mündlich Anzeige zu erstatten. Ebenso ist er verpflichtet, die Aufgabe der Wohnung durch den Ausländer binnen 24 Stunden anzumelden. Eine wichtige Bestimmung enthält der § 5. Danach dürfen Ausländer auf länger als drei Wochen Wohnung oder Aufenthalt erst dann beziehen, wenn ihnen von der Ortspolizeibehörde nach Einvernehmen mit dem Wohnungsdam die Genehmigung hierzu erteilt

worden ist. Es sind ferner Bestimmungen getroffen über die politischen Ausländerlisten. Die Polizei wird ermächtigt, Ausländer zur Feststellung ihrer Personale und zur Prüfung ihrer Papiere festzunehmen. Alle diese Personen gelten auch für die sogenannten Staatsfeinde. Zuüberhandlungen gegen die Bestimmungen werden mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit Haft bestraft.

* Warnung vor Übersee-Siedlungsunternehmen. Die Deutsche-Venezolanische Gesellschaft für Kolonisation, Handel und Verkehr m. b. H., genannt "Devau", versendet Drucksachen, in denen für eine Auswanderung nach Venezuela Stimmung gemacht wird. Kapital zur Beteiligung an einem großen Kolonisationsunternehmen gesucht und zur Bezeichnung einer sogenannten Anleihe von einer Million Boliven in Stücken zu 5, 10 und 100 Boliven aufgeschlagen wird. Die "Devau" gibt an, die Güteklausur und Bezeichnung einer 78 000 Hektar großen Landkoncession am Caribe Fluß übernommen zu haben und dass für die Anleihe in erster Linie dieses Land mit dem darauffolgenden Holzbestand und mit den auf Grund der Anleihe zu schaffenden Auslagen hoffen sollen. Die Rechtsansprüche der "Devau" auf die Landkoncession, deren Träger der Forschungsleiter Emil Zimmermann ist, sind aber, wie das Reichswanderungsamt feststellt, ungeklärt. Zimmermann ist von dem mit der "Devau" geschlossenen Landüberlassungsvertrag ausgetreten, hat die Koncession anderweit vergeben und Ende August die Auszettel nach Venezuela angekommen. Daher kann die Koncession als Grundlage für die Ansichten der "Devau" und als Sicherheit für die von ihr geplante Anleihe nicht betrachtet werden. Werner wirbt die "Devau" für zwei Tochtergesellschaften, die "Kolonialland-Gesellschaft m. b. H." und die "Weltwertgenossenschaft m. b. H.". Die "Kolonialland" will zur Siedlung Land erwerben, durch Anlage von Siedlungen und Wohnungen, Gewährung von Darlehen auf Grund ihrer Ansprüche an das Reich u. a. m. die Auswanderer unterstützen. In erster Linie aber bei der Errichtung der vorerwähnten Landkoncession in Venezuela. Die Weltwertgenossenschaft will gar Deutschland die Rettung aus dem Jahre 1920 bringen, indem sie einen Weltwert als Werteinheit für die ganze Welt schafft. Die Ziele der "Kolonialland" und der "Weltwertgenossenschaft" werden aber im Wege der Genossenschaftsbildung mit kleinen Anteilen nie zu lösen sein. Ihr Zweck ist ancheinend der, der "Devau" die Mittel für die Durchführung ihrer Kolonisationspläne an die Hand zu geben. — Das Reichswanderungsamt widerträgt dringend den Beitritt zu allen drei Unternehmen. Ebenso der Beitritt zur Siedlungsgemeinschaft deutscher Auswanderer nach Kolumbien in Hamburg. Sie ist gegründet von der Mekko-Dankelgesellschaft. Den Versprechungen in den Prospekt fehlt es an feinen Grundlagen, den Leitern an Landeskennnis. Es ist unrichtig, dass das Reichswanderungsamt das Unternehmen beginnt.

* Erleichterungen bei Wohnungsbau. Das Verkehrswohnungsdamt hat mehrfach darauf hingewiesen, dass Aufwendungen eines Steuerpflichtigen für die Renditeabfindung von Kleinwohnungen, die in den Jahren 1920 bis 1923 baufällig beurteilt sind, nach § 59 des Einkommenssteuergesetzes vom Steuerpflichtigen in Abzug gebracht werden können. Weniger bekannt dürfte es sein, dass in Sachen an alle Neubauten, die nach Aufrichteten der Landesverordnung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel, also nach dem 1. Februar 1921, ohne Animpfungnahme öffentlicher Mittel (Baufortschrittszulüsse) hergestellt worden sind, die in dieser Verordnung geregelten Sanierungsmaßnahmen der Wohnungsmämler keine Anwendung finden. Es kann also der Eigentümer über Wohnungen in solchen aus eigenen Mitteln errichteten Bauten frei verfügen; sie unterliegen nicht der Zurechnung oder Verfolgung durch das Wohnungsdamt, werden nicht mit Riveleinnahmen oder Wohnungsmiete belastet und können auch von Auswärtigen ohne Nachweis der Befreiungsfähigkeit begangen werden. Zuweilen dieser Bestimmung ist, wie die Steuerbefreiung, die freie Bautätigkeit anzutreten und die für Baufortschrittszulüsse von Staat und Gemeinde bereitgestellten Mittel an entlasten.

* Erleichterungen bei Wohnungsbau. Das Verkehrswohnungsdamt hat mehrfach darauf hingewiesen, dass Aufwendungen eines Steuerpflichtigen für die Renditeabfindung von Kleinwohnungen, die in den Jahren 1920 bis 1923 baufällig beurteilt sind, nach § 59 des Einkommenssteuergesetzes vom Steuerpflichtigen in Abzug gebracht werden können. Weniger bekannt dürfte es sein, dass in Sachen an alle Neubauten, die nach Aufrichteten der Landesverordnung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel, also nach dem 1. Februar 1921, ohne Animpfungnahme öffentlicher Mittel (Baufortschrittszulüsse) hergestellt worden sind, die in dieser Verordnung geregelten Sanierungsmaßnahmen der Wohnungsmämler keine Anwendung finden. Es kann also der Eigentümer über Wohnungen in solchen aus eigenen Mitteln errichteten Bauten frei verfügen; sie unterliegen nicht der Zurechnung oder Verfolgung durch das Wohnungsdamt, werden nicht mit Riveleinnahmen oder Wohnungsmiete belastet und können auch von Auswärtigen ohne Nachweis der Befreiungsfähigkeit begangen werden. Zuweilen dieser Bestimmung ist, wie die Steuerbefreiung, die freie Bautätigkeit anzutreten und die für Baufortschrittszulüsse von Staat und Gemeinde bereitgestellten Mittel an entlasten.

* Gröba. Große Entzöllosigkeit zeigte gestern mittag der hier wohnende Techniker Boglowef. Er brachte ein läbliches Gefäß, das die Hafenbrücke abwärts raste, darunter eine Packung, die er aufsprang und den Wagen festbremste. Er lieferte darauf Werd und Wagen dem Beifahrer ab. — Ein tödlicher Unglücksfall hat sich in der kleinen Spinnerei ereignet. Die Arbeiterin Johanna Günther wurde von einer Maschine erschlagen und hierbei durch Quetschungen schwer verletzt. Als man das junge Mädchen aus dem Wagen holte, war es bereits tot.

* Nördersau. Bericht über die Gemeinderatswahl am 21. Oktober 1921. Die Gemeinderatswahl findet am 20. November von 9 bis 12 Uhr statt. In die Wahlkommission wurden gewählt die Herren Grabs, Hörl, Zimmermann und Härtner. Der Herr Gemeinderatsvorsitzende wurde als Wahlkommissar gewählt. Die Wählerlisten liegen vom 22. bis mit 10. Oktober im Gemeindeamt aus.

Wahlvorschläge müssen 14 Tage vor der Wahl beim Wahlkommissar eingereicht werden und von 10 Stimmberechtigten unterschrieben sein, außerdem hat jeder aufgestellte

Verein seine Erklärung schriftlich abzugeben. Die Wahlen

gertei müssen aus weitem 9:12 Bemerkungen großen Papier vergriffen sein. Es findet Konservenwahl statt. Der Ort ist in 2 Bezirke eingeteilt. 1. Wahlbezirk: Wahllokal Waldschlösschen, Wahlvorsteher Gemeindeältester Herr Böllig, Stellvertreter Herr Lehmann, Schriftführer Herr Wehr; es gehören folgende Straßen dazu: Albertstraße, Albertplatz, Bahnhof-, Carol-, Lannes-, Grunds-, Danz-, Wilhelm- und Zeithainer Straße. 2. Wahlbezirk: Wahllokal Brauerei-restaurant, Wahlvorsteher Herr Gemeindeältester Leblau, Stellvertreter Herr Schlael, Schriftführer Herr Holmeier; es gehören folgende Straßen dazu: Georgstraße, Görlitzer, Haupt-, Heinrich-, Moritz-, Nord-, Promnitz-, Peters-, Quer-, Schulstraße und Schulplatz. Das Gesuch des Herrn Haniel um Wein- und Branntweinshank wurde befürwortet und das Bedürfnis bestätigt. Ueber die Angelegenheit der Errichtung eines Gewerbe- und Kaufmannsgerichts nahm Herr Zimmermann Bericht, der die Gemeinde in der Sitzung vertreten hatte. — Herr Grabs teilte mit, daß auf dem Bauplatz von Kindern großer Unruhe verübt wird. Es wurde beschlossen, zwei Verboten anzuschlagen und die Eltern für ihre Kinder batbar zu machen. — Der Wohnungsausschuss stellt den Antrag, daß der Gemeinderat sich mit der Alt.-Gef. Baubammer in Göda in Verbindung setzen soll, da sie ihre in Röderau wohnenden Beamten im Orte Wohnungen schafft, damit die benötigten Wohnungen an andere Wohnungssuchende können verteilt werden und die Wohnungsnöte dadurch etwas gelindert wird. — Da bei der letzten Kartoffelverteilung für Minderbemittelte große Anschuldigungen gegen den beauftragten Ausfuhrer ausgesprochen worden sind, wurde der Antrag gestellt, daß wenn wieder einmal eine Verteilung stattfindet, die Minderbemittelten sich auf dem Gemeindeamt melden sollen. Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.

Wermisdorf bei Oschersleben. Der 80 Hektar große Dorfsee wurde ausgetrocknet. Das Teichlöffel war ein Ereignis für die ganze Gegend. Zu Fuß, zu Rad, zu Wagen waren unzählige Besucher herbeigekommen, darunter Schulen der Umgegend und das Seminar zu Oschersleben. Der Vortrag sei sehr befriedigend.

Dresden. Der Dresdner Bürgerrat hat an den Rat zu Dresden folgende Eingabe gerichtet: In der Stadtverordnetenversammlung vom 20. Oktober hat der Stadtverordnete Mensch den Antrag gestellt, die Stimmabgabe bei den Stadtverordnetenwahlen geschlechterweise feststellen zu wollen. Der Dresdner Bürgerrat sieht in diesem Antrag einen Verlust, die Gewährleistung der Stimmabgabe zu durchbrechen, um das festgestellte Ergebnis parteipolitisch auszuholen zu können. Dieser Antrag hat unter den Frauen eine begreifliche Erregung hervorgerufen, da sie hörten, daß aus der Veröffentlichung ihrer Stimmabgabe ein erheblicher Druck erwachsen könnte, der letzten Endes dazu führen soll, sie ihres Stimmrechts zu berauben. Die Annahme des Antrags von Seiten des Rates der Stadt Dresden würde eine Verlegung des verfassungsmäßigen garantiierten Rechts bedeuten, wonach die Wahlen unbedingt geheim zu erfolgen haben.

Schnitzig. Die Blättermeldung von einem Totschlag an dem Schriftleiter Hößel vom bialystischen "Grenzblatt" ist nicht aufgetreten. Hößel wurde am Sonnabend früh im Hof des Hotels "Stadt Dresden", wo er im Saale einer Vereinsfestlichkeit beigewohnt hatte, bewußtlos aufgefunden. Er hatte infolge eines Sturzes von der Notstiege des Hotels eine Gehirnerkrankung erlitten und starb an einer Herzschwäche.

Crois-en-Couvent. Einem Arbeiter, der sich mit seinem Rad an ein Parkauto angehängt hatte, wurden beim Abstoßen beide Beine abgesägt, sodah er an Verblutung starb.

Freiberg. Das Rangelsleibzug-Hals bei Freiberg ist durch Schadenfeuer fast völlig zerstört worden. Die vollgefüllte Scheune, eine geräumige Riedelräge mit sämtlichem Inventar, zahlreiche Futtervorräte, der ausgedehnte Verdstall, ein Stall von 40 Meter Länge für 200 Stück Schweine, sowie der Schafstall gingen in Flammen auf. 25 Stück Schafe sind erschlafft. Nur Wohnhaus und Kühlstall konnten gerettet werden. Brandstiftung liegt zweifelstreich vor.

Garsdorf. Vor 200 Jahren gründete Johann Mehner hier eine Wirtschaft. Sonnabend konnte der Gutsbesitzer Oskar Mehner diesen Tag als Ahnengedenktag feiern. Sechs Generationen der Mehner haben inzwischen das Gut besitzt.

Johanngeorgenstadt. Ein "Stellbuchen" hatten dieser Tage in einem Hotel in Gottesgab ein Herr aus Joachimsthal und ein Herr aus Rittersgrün. Die beiden Herren unterhielten sich über plötzlich der Gendarmerieoberwachtmeister die beiden aufforderte, ihm zu folgen. Sie mußten sich einer Leibesvisitation unterziehen, wobei man bei dem Joachimsthaler Herrn fünf Goldstücke vorfand. Er wollte diese dem Reichsdeutschen verkaufen. Die Goldstücke wurden beschlagnahmt. Es war der Behörde verraten worden, daß sich die zwei Herren zu jener Stunde treffen wollten, um ein Geschäft mit Goldmünzen abzuschließen, aber nur fünf von diesen ebden Münzen konnten vorgezogen werden. — Auch hatte auch eine Frau aus Gottesgab, die mit 21.000 deutsche Reichsmark über die Grenze nach Oberwiesenthal wollte. Von den Grenzbehörden abgefangen, wurde ihr das Geld abgenommen.

Schwarzenberg. Die Stadtverordneten genehmigten die Kosten für unentbehrliche ärztliche Behandlung der Schulkinder bis zu einer Einkommensbegrenzung bis 15.000 M.

Oberwiesenthal. Auf dem Fichtelberg ist am Sonntag Schneefall eingetreten. Amv. am Montag früh schneite es noch bei 5 Grad Kälte. Das ist die den Fichtelberg ein verhältnismäßig später Termin, denn im langjährigen Durchschnitt schneit es dagegen zum ersten Mal am 2. Oktober.

Schneeburg i. Erzgeb. Die Pariser Meldung, daß Dr. Staud vom Pasteurischen Institut eine neue Behandlungsmethode der Syphilis durch Muskelinjektionen von Wissenswerten entdeckt hat, findet in unserer alten Bergstadt besonderes Interesse. Europäischer Hauptort für wissenschaftliche Erze ist seit altersher Schneeburg. Wismut wird hier in den Silberbergzügen gewonnen; obwohl der eigentliche Schneeburger Silberbergbau als solcher nicht mehr betrieben wird, wird er doch in beschränktem Umfang zur Gewinnung anderer Erze ausgereicht. Durch eine solche Entdeckung würde der erhebliche Wissensgewalt unserer Bergwerke zu intensivem und lohnendem Abbauen dienen. Ganz Schneeburg steht auf stark silberhaltigem Untergrund; das gilt insbesondere auch von der dominanten Höhe stehenden, weit hin sichtbaren Schneeburger Kirche, der größten Kirche Sachsen. Wie das benachbarte Bad Oberholzma durch sein Pladium einen schönen Aufschwung erlebt, verriet man mir vom Wissensreichthum der Schneeburger Erzgänge ähnliches. Naturgemäß muß von vorbereitet der Gefahr gesteuert werden, daß die Wissenslager unserer Gemartung nach dem Muster von St. Joachimsthal in Böhmen und dessen Nachbarzonen in die Hände außerdeutscher Kapitalisten gelangt werden könnten.

Delitzsch t. B. Ein Buch mit nur zwei Seiten wurde auf dem Raasdorfer Friedhof am Dienstag zur Strecke gebracht. Es war zweifellos früher in eine Falle geraten

und hatte, um frei zu kommen, die eingezemmten Hände durchgesägt.

Leipzig. Auf dem Blücherplatz wurden zwei Personen, ein Mann und eine in seiner Begleitung befindliche weibliche Person, von einer Straßendrosche überfahren. Der Mann wurde ein in der Oststraße wohnender 38-jähriger Kaufmann ermordet. Seine Beistatterin ist, ohne das Fahrzeug wiederlangen zu haben, bald nach ihrer Entfernung ins Krankenhaus ihres Verletzungen erlegen. — Am Sonnabend geriet auf noch ungeläufigste Weise die zum Mittwochabend gebürtige Schäferin in Brand. Das Schäferhaus ist ganz ausgebrannt. Ungelöste 80 Jahre wurden hier und Wiesenbauer, sowie etwa 100 Rentner daher wurden ein Raub der Flammen.

Leipzig. Der Deutschnationale Jugendbund (Hermannsgemeinde Leipzig) batte für Montag abend zu einem Vortrag eingeladen, in dem General Graf von der Golt über "Deutschlands Zukunft im Osten" berichten sollte. Die "Leipziger Volkszeitung" hatte das als eine "unerhörte Provokation der Arbeiterschaft" bezeichnet und Golt "Finnenschläger" genannt. Darauf muß es wohl zurückzuführen sein, daß eine halbe Stunde vor Beginn des Vortrages vor dem Centraltheater sich eine ungeheure Menschenmenge anstimmte und größere Arbeiterruppen versuchten, in den Saal einzudringen. An diesem Versuche wurde sie aber durch die Polizei verhindert, die zahlenmäßig erschienen war, da vorherhin mit Siedlungen gerechnet werden mußte. Es entpuppte sich ein Handgemenge, bei dem die Polizei einen Verletzen hatte, der stark aus einer Kopfwunde blutete. Die Kubaner hatten auf ihrer Seite mehrere Verletzte zu verzeichnen, die zum Teil ohnmächtig von ihren Freunden weggetragen wurden. Nachdem der Eingang zum Saal durch die elterne Tür abgesperrt worden war, versuchte die Menge wiederholt, die Tür einzurammeln. In dem entstehenden Gedränge wollten jugendliche Kubaner u. a. auch besser gekleidete Passanten mißhandeln. Von älteren Arbeitern wurden sie daran mit den Fäusten gehindert: "Das machen nur Kommunisten!" Allmählich beruhigte sich die Menge wieder und einzelne Alte verliehen die Gottschedstraße mit dem Gesang der Arbeitersonne. Andere bildeten Gruppen um Redner, die auf die "bürglerische Vorberiegung und das politische Blutgefieder" schimpften und forderten, daß der Vortrag des "Kubanerhüters Gols" verhindert werde. Durch Polizei gesichert, fand währenddessen im Saal der Vortrag des Generals von der Golt statt.

Eingeschichte.

Deutsches Reich.

Die Nischen der Preßkreisel auf dem Kartoffelmarkt. Die Telunion meldet: In Pommern, besonders in der Gegend von Stolp, ist eine ausnehmend große Kartoffelernte zu verzeichnen. Die Erträge werden hier auf 100 bis 140 dt. je Morgen geschätzt. Eine Folge dieser großen Ernte ist, daß eine Unmenge von Auffäulen Pommern, speziell die Gegend von Stolp, unsicher machen. Die Auffäuler hellen sich meist als Abgelehrte der Betriebsräte der großen Werke der mittel- und westdeutschen Industrien dar. Besonders zahlreiche Auffäuler haben Wittenberg und das besetzte Gebiet nach hier gesandt, sowie die Arbeiter-Einkaufsvereinigungen der großen westlichen deutschen Eisenbahngesellschaften. Der Andrang der wilden Kartoffelhändler ist so stark, daß in den Hotels der mittleren und kleineren östpreußischen Städte sämliche Zimmer besetzt sind und der reguläre Postenverkehr keine Möglichkeiten findet. Die wilden Händler überleben sich in gewissenlosen wucherhaften Weise und sind findelnd Gottes bei einem Teil der Bevölkerung mit ihrem Treiben schrecklich. Während der bei weitem größte Teil der pommerschen Landwirtschaft diesem Aufstinkertum die Tür weist. In Pommern wird allgemein behauptet, daß die von den wilden Kartoffelhändlern ausgelosten Kartoffeln zu einem großen Teil nach Frankreich verschoben werden, wo sie zur Förderung der französischen Schweine dienen. Der größte Teil der pommerschen Landwirtschaft und der übrigen Bevölkerung Pommern ist sich einig, in dem dringlichen Verlangen an das Reichslandwirtschaftsministerium, daß es dem schamlosen Kartoffelwuchs in Pommern ein Ende mache.

Der Rekonisationsbetrieb im Reichstage wird, wie die "B. B. am Mittag" erklärt, unter gemeinsamer Verwaltung und auf gemeinsame Rechnung der bisherigen Anstellten zur beworbenden Laufung eröffnet. Der Betrieb in den letzten Jahren war von der Hotelbetriebsgesellschaft geführt worden, die mit dem Reichstagspräsidenten ein Abkommen getroffen hatte, wonach unter für die Arbeitnehmer günstigen Bedingungen das Gebrauchsrecht eingerichtet werden sollte. Der Reichspräsident hatte jedoch dieses Abkommen auf Grund des Einspruches der Gewerkschaften umgedorfen und den Angestellten die Erlaubnis erteilt, den Betrieb auf eigene Rechnung zu führen. Daraufhin hat die Hotelbetriebsgesellschaft mit ihrem ganzen Mobiliar aus dem Reichstage zurückgezogen.

Betriebsstilllegung in Bochum. Montag nachmittag 2 Uhr wurde der gesamte Betrieb des Bodumer Vereins für Bergbau und Gußstahlfabrikation stillgelegt. Der Grund zu dieser Maßnahme liegt in dem Streik von 82 Mauern beim Bochumer Verein wegen Tarifstreitigkeiten. Da kein Erfolg für die streikenden Mauern gefunden werden konnte, mußte das Kraftwerk infolge Feindens der Gaststätte außer Betrieb gestellt und der Betrieb im Bochumer Verein mußte stillgelegt werden. Annähernd 12000 Arbeiter sind arbeitslos geworden.

Die Überführung der Reiche des früheren Königs Ludwig von Bayern nach München muß wegen der augenblicklichen politischen Lage in Ungarn auf unbestimmte Zeit verschoben werden.

Staines hat 7 Dampfer gekauft. Die Aktien-Gesellschaft Hugo Staines für Gesellschaft und Überseehandel hat sieben Dampfer der Nordstjernan in Stockholm angekauft.

England.

Mahnungen gegen die polnisch-schwedische Propaganda. Lloyd George erklärte im Unterhause, daß die britische Regierung die wichtigsten Maßnahmen gegen die polnisch-schwedische Propaganda in England und im Osten ergreifen werde und daß eine sehr energische Mitteilung in diesem Zusammenhang an die Sowjetregierung gegangen sei.

Schwierige Tage im Koblenzerberg. Die Lage in der Steinkohlenindustrie in England wird immer schwieriger. So schreibt der "New Statesman": Anfang voriger Woche gab es 175 000 Arbeitslose. In den letzten Tagen sind viele Bergwerke geschlossen worden. Nur 10 Prozent der Bergleute, die noch arbeiten, haben mehr als drei Tage in der Woche zu arbeiten. Die Bergwerksführer haben bereits die Möglichkeit von Unruhen in Aussicht gestellt.

Ultimatum Lloyd Georges an de Gaulle. Lloyd George hat an de Gaulle einen Brief gerichtet, der ein Ultimatum darstellt und in Aussicht stellt, daß die Londoner Konferenz sofort automatisch aufgelöst werde, falls de Gaulle auf die Forderung einer unabhängigen französischen Republik bestünde.

Amerika.

Zum bevorstehenden Eisenbahnerstreik. Nach einer Meldung der "Chicago Tribune" aus Washington haben acht Eisenbahngesellschaften mit insgesamt einer Million Arbeitern erklärt, daß ihre Mitglieder nicht an dem für den 30. Oktober geplanten Streik teilnehmen würden.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 26. Oktober 1931.

Ein neues Kabinett Wirth!

W Berlin. Die "Deutsche Presse" berichtet, daß die Deutsche Volkspartei die Zustimmung zu der Bildung der interparlamentären Koalition einbringen möchte. Da hiermit die Partei und der Koalition aneinander, hätte das Kabinett ein neues Kabinett Wirth für sehr wahrscheinlich.

Der preußische Haushaltsvorschlag.

W Berlin. Im Haushaltsgesetzdruck des preußischen Landtags erklärte Finanzminister Erdmann u. a., gegen den Haushaltsvorschlag für 1932 werde bei den ordentlichen Einnahmen und Ausgaben vorausichtlich mit einer Belastung von 884,5 Millionen Mark gerechnet werden können, und zwar bei den Kosten, bei der Bergverwaltung und bei der allgemeinen Eisenbahnverwaltung. Dieser Verlust wird eine Verkürzung von 1186,5 Millionen gegenüber 1931 mit einem mutmaßlichen Schätzbeitrag von 200 Millionen gerechnet werden müssen, der sich auf insgesamt 2765,5 Millionen erhöhen werde, falls die in den Haushalt eingelegten Erstattungen des Reiches in Höhe von 1000,5 Millionen bis zum Jahresende nicht eingehen. Es könne mit Sicherheit darauf gerechnet werden, daß das Aufkommen an Einkommen- und Körperheitssteuern für 1932 wesentlich höher sein werde, als bisher angenommen wurde. Es werde rund 184 Millionen Beitrag erbringen. Neben die voraussichtliche Entwicklung der Einnahmen Preußens im Haushaltsjahr 1931 könnten auch nur schätzungsweise Bittert mitgeteilt werden. Der Anteil Preußens (nach Abzug der Gemeindeanteile) an Erträgen von Reichsbauern werde gegenüber dem Vorjahr um 100 Millionen erbringen. Trotzdem ergibt sich ein Defizitbetrag. Die Betriebsverwaltungen werden nunmehr wenige Maßnahmen gegen den Haushaltsvorschlag nicht erbringen. Mit Sicherheit ist auf erhebliche Haushaltserhöhungen bei den Staatsverwaltungen zu rechnen, was mit dem immer mehr anfallenden Geldwert zusammenhängt. Um ohne Hehlbelastung abschließen zu können, müßten für 1932 noch 881 Millionen neue Steuern bereitgestellt werden. Für die Deckung dieses Defizits sei ein Grundsteuerentwurf ausgearbeitet worden, der seit Mitte September dem Staatsrat zur Begutachtung vorliege. Die angekündigte Trennung der Betriebs- und der Obersteuerverwaltungen sei früher nicht mit sich gewesen und werde auch für 1932 nicht erfolgen können. Verhältnismäßig frühzeitig entwickelt habe sich der Kostenstatus des preußischen Staates. Für die Ableitung von Betriebsmitteln der Eisenbahnen an das Reich seien 800 Millionen Mark vereinbart worden. Zum Schluss kennzeichnet der Minister des Finanz der Maßnahmen der Entente auf die ganze Wirtschaft. Gegenüber, wo die Arbeitslosigkeit in den hochindustriellen Ländern, mögen der wirtschaftliche Wohlstand geführt habe. Man habe zwar eine zunehmende Einstellung in den Handelskreisen der Entente-Länder feststellen können; indes beweise die Entwicklung Oberschlesiens deutlich, daß man von der volkstümlichen Einsicht über die Unhaltbarkeit des bestehenden Zustands in den Entente-Ländern noch weit entfernt sei. Gerade die Nachkriegsmentalität, die sich aus den Sanktionen und den für alle Teile unproduktiven Belastungskosten auswirken, führe immer mehr zu Angen, daß die Reparationsforderungen unverhältnismäßig seien. Man müsse sich klar machen, daß der Außenverlust Deutschlands zum erheblichen Teil auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt gebe.

Schärfere Zollkontrolle an der Westgrenze.

Woblen. Der "Athen-Münchner" auf seine schwulen Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung bzw. dem Reichskommissar für die besetzten Gebiete in Zusammenarbeit mit den Handelskammern einerseits und der interalliierten Abensandeskommision andererseits über Mahnahmen zur Verhinderung der Verschwendungen lebenswichtiger Waren aus dem Innlande nach dem Auslande. Es scheint, als ob dies ausländisches sind, wodurch eine schärfere Zollkontrolle an der Westgrenze ermöglicht wird.

Woblen. Der Oberpräsident des Rheinprovinz hat folgende Polizeiverordnung über die "Beschaffung des Kleinhandelsverkaufs erlassen: Der Kleinhandelsverkauf an Ausländer und die Vermittlung solcher Verkäufe an Ausländer wird zunächst bis zum 5. November einfach verboten, soweit es sich nicht um die Deckung eines augenblicklichen bringenden persönlichen Bedarfs handelt.

Polen hat die Genfer Beschlüsse angenommen.

Varia. Nach einer Blättermeldung aus Warschau ist der ehemalige Oberkommissar in Danzig Pleisch, der ehemalige Staatssekretär im Ministerium des Innern, zum Vertreter Polens bei den wirtschaftlichen Verhandlungen über Oberseesleben bestimmt. Die polnische Regierung hat die Genfer Beschlüsse über Oberseesleben angenommen.

Die Streiklage in Nordfrankreich.

Varia. Nach einer Blättermeldung ist in Roubaix heute von etwa 3000 Arbeitern die Arbeit wieder aufgenommen worden. In Tourcoing wird der Streik nach wie vor fast völlig durchgeführt. In den Nachbargemeinden belder Städte verzögern die Fabriken viele Fälle von Wiederaufnahme der Arbeit.

Amerika und die Vorgänge in Ungarn.

Varia. Nach einer Meldung der "Chicago Tribune" aus Washington hat das Staatsdepartement erklärt, es habe an den Vorgängen in Ungarn kein Interesse.

Ein Vertreter überreichs bei Remal Polizei.

Konstantinopol. Der Oberbefehlshaber Remal Polizei empfing gestern im Hauptquartier den Vertreter der Republik überreichs bei der Regierung von Ankara. Bei der Überreichung seines Beglaubigungsschreibens hob der Vertreter hervor, welche engen Bande der Kreislauf mit beiden Schwesterstaaten verbinden, und brachte seine Freude darüber aus, daß die Türken von überreichs freien. Sie würden kämpfen, um alle Völker des Orientes zu befreien. Remal Polizei dankte und sagte, er nehme mit Bekämpfung von dem Verbrechen der Republik Konstantinopol und verschreibe energische Verbisse.

Sie haben ein Recht

und den Anbruch auf plakative Ausstellung des Riesener Tageblatts — aber nur dann, wenn Sie rechtzeitig den Weg neuemt haben. Vergessen Sie daher nicht am Montag Mitternacht (M. 5. — ohne Aufstellungsfeststel) sofort beim Postamt, den Zeitungsschalter oder die Schatzkasse des St. L. Moersstraße 60) zur Vermittlung an die Zeitungsträger.

das Riesener Tageblatt zu kaufen.



Seit die Bazillen, die nur zur Säuberung

Die Ruhe in Hause und Familie trüben kann.

Gehäusste Fälle von Ruhe im Hause von Sachsen veranlassen den Landesärztlichen für soziale Volksbedienung zur Verleihung der nachfolgenden Aussprüchen:

Die Ruhe ist eine unbedeute Krankheit. Ihre Ursache ist nicht so einheitlich wie bei anderen anliegenden Krankheiten, vielmehr werden eine Reihe von mehr oder minder verdeckten Faktoren — in jüngerer Zeit auch in der Welt vor kommende Kapital-Bazillen — für die einheitliche, und andererseits tierische Lebensweise (Kinder) für die gelegentlich auch bei uns vor kommende tropische Ruhe als Ursache gehalten. Nur die praktische Verhütung der Ruhe ist es aber nur wissenschaftlich, zu wissen, daß das gewünschte Ausstreuen von Bazillen-ähnlichen oder eitrigen Stoffen (bis zu 30 und mehr im Laufe eines Tages) mit vorausgehenden starken Veränderungen die Sache der erweiterten Verbreitung der Krankheit bedeutet.

So gibt es auch Fälle, wo Ruheübertragungsgefahr besteht, was doch diese deutlichen Warnungszeichen aufweist. Wie bei anderen anliegenden Krankheiten, so gibt es auch bei der Ruhe Menschen, die Bazillen in sich übertragen, ohne sie übertragen haben, müssen hieran besonders denken beginnen. Hierzu beobachtet werden. Nach Jahrzehnten können sie oft Bazillen aus. Andererseits gibt es auch Menschen, die Bazillen ausspielen in sich aufzunehmen und sie lange Zeit ausscheiden, ohne jemals überhaupt zu erkranken. Schließlich tritt die Ruhe auch gelegentlich so milde auf, daß der Krankheit wenig beachtet und seinem Verlust nachgesehen. In all diesen Fällen ist der „Bazillenträger“ für sich selbst nicht gefährlich, wohl aber heißt er eine Infektionsgefahr für andere dar, die umso gravierend wird, weil sie sich nicht ohne weiteres fassen und daher häufige Ursache für das Ausbreiten einer Seuche ist, da man deren Entstehung nicht auf den Grund zu kommen vermag.

Diese Sätze aufzuhören ist eine der Hauptaufgaben der Gesundheitspflege. Der Einzelne kann hier schon Werkzeug leisten, indem er in Beisein einer Ruheredemite selbst nachfragt, ob vielleicht einmal eine ruhverdächtige Erkrankung ihm oder bei seiner Familie oder Bekannten vorgelegen hat, und Veranlassung nimmt, schon bei leichter Erfahrung der Vermüglichkeit (Durchfällen, Fiebern) sich zu einer bacteriologischen Untersuchung zu melden und jedenfalls dieser für ihn ohne Kosten und Schwierigkeiten durchzuführenden Maßnahme alle Unterstützung leistet.

Eine Ruhrfalle oder solche Bazillenträgerfälle am Ort befindet, dann auch jeder die selbst zu führen. Das gelingt ohne besondere Schwierigkeiten, da ja der Aufzehrungskörper nicht flüssig ist, sich nicht durch Luft rasch verbreitet, sondern von Mensch zu Mensch oder höchstens durch mit dem Kranken in Berührung gekommene Gegenstände weiter verbreitet wird, an denen die Bazillen hängen und lange Zeit sich lebend erhalten. Das wichtigste Schutzmittel ist Reinlichkeit. Reinlichkeit der Hände vor allem. So man vornehmen irgend welcher Nahrungsmitte gründlich mit Seife säubert und dann noch absülft. Da dabei das Wasser nicht über allen Verdacht erhoben, dann spüle man mit gesetztem Wasser nach. Reinlichkeit ist aber auch namentlich bei allen Gebrauchsgegenständen notwendig, die nur zu oft mit unreinen Händen angerührt werden. In erster Linie gilt dies für Gelehrte, in dem Speisen ausgewaschen werden. Diese müssen nicht nur uns, sondern auch die Bazillen und machen sie besonders giftig. Wo Kind- und Süßwasser nicht einschrankt zu erhalten ist, kann man es durch Kochen ungewöhnlich machen. Wohl auch man umsonst kochen, als sie, insbesondere bei gewissen Eier- oder Darmmarktungen des Fleisches, die genannten Bazillen enthalten kann, aber auch sonst für die Bazillen einen guten Nährboden abgibt. Die alte Regel, kein untreif Obst zu essen, empfiehlt sich auch heute noch. Es ist allerdings nicht die Unreinheit an sich, die gefährlich ist, sondern der Reiz, der auf den Darm ausgeübt wird. In anderen Fällen ist das Obst auch durch die Hände von Bazillenträgern verunreinigt. Salate und sonstige Grünzeug unterliegen dieser Gefahr gegebenenfalls schon auf den Feldern, nämlich durch den Dünger, in dem schon Getreide mit Bazillen vorhanden sind. Solche können aus Brunnens verunreinigen. In allen Fällen tut man also gut, Nahrungsmitte — auch verdächtiges Wasser — nur frisch gekocht zu sich zu nehmen, wo das nicht angängig ist, über lauernde Behandlung der Nahrungsmitte, besonders in Geschäftsräumen und Büros, sich zu vergewissern und auch beim Superettent und Kuchenbäckern derfelben im Hause hafsten zu lassen, daß sie nicht in verunreinigten Gebäuden, durch unreine Hände und besonders nicht durch Hände angefertigt werden (Abgelegentler).

Diese Mahnungen sind am meisten am Platze, wenn irgendwo in der Nähe oder gar im Hause ein Ruheranfall war oder ist. Ruhrkontakte sollten ja am besten seit in einer Hellontakt kommen, um sie gut zu pflegen und andere vor Infektion zu schützen. Das ist nicht leicht ohne entsprechende

Mittelmaßnahmen. Die Bazillen müssen folglich beseitigt werden, die Reichweite welche bestimmt und vor Verhütung durch Hände gebracht werden. Um Krankenmutter darf man nichts essen, aus keine Bazillen einzufangen und wieder aufzunehmen, nicht berühren und dann z. B. mit den Hingen so über den Mund zwischen u. a. Das sind Dinge, die gelehrt sein wollen, damit man nicht, ohne es zu merken, sich selbst keine aufträgt.

Nun braucht man ja nicht gleich zu erkranken oder fortwährend in Angst zu leben, wenn man gewiß einmal keine in den Körper eindringt. Aber man muß immerhin alles tun, um sie davon zu bewahren. Dafür sind die oben angegebenen Vorschriften von großem Wert, aber auch noch eine andere. Wenn es keine gibt, die trocken der Anwendung gefundne sind, so geht daraus hervor, daß der Darm, der bei dem einen in eine große blutige Geißelwulstfläche verwandelt wird, bei anderem dem Angriff der Bazillen widersteht. Das bedeutet eine innere Widerstandsfähigkeit, deren Wesen uns noch nicht bekannt ist. Einem Kindeszeitalter gibt die Tatsache, daß Keime, die die Ruhe überstanden haben, gegen Ruhe anziehend längere Zeit geschützt sind, weil sie ein Gegengift im Körper haben, das man auch durch Einspritzung eines Serums zu erzeugen oder zu übertragen nicht ohne Erfolg versucht hat. Dieses aber weiß man, daß ein Darm, der irgendwie geschwächt ist, die Widerstandsfähigkeit einbüßt. Deshalb ist es ein bringendes Gebot, sich vor allen Magen- und Darmkrankheiten zu bewahren. Also keine Exzeze im Essen und Trinken, nur solche Rührung zu führen, die einem ernährungsgemäß gut bekommt, Bewahrung vor unzutaten oder sonstigem rohen Obst in größeren Mengen, Vermeiden von alkoholischen Getränken in großen Mengen, die bestimmt sehr leicht Darmverstimmungen (Kopfschmerzen,

Blutgefäßen) verursachen, und noch keine Wasserdurchflüsse, die den Körper schwächen, keine Verluste mit Flüssigkeiten zur Verhütung der Krankheit ohne drastisches Mittel. Vorsicht vor Erfältungen des Unterleibes, vor Durchflüsse und besonders nasen führen. Das Tragen eines Gehümels in solchen Zeiten. Auch zu kalte Getränke können von innen heraus schädlich werden. In Eis halten sich die Bazillen; Eisbüchsen sind daher nur aus reinem Wasser zu läßtigen.

Vorsichtshalber man aber die Ratschläge, denn braucht man nicht angstlich zu werden, wenn man wirklich am Wohnort Ruhe aufzutreten sollte. Die Gesundheitsbehörden sind auf der Wacht und tun alles, um die Ausbreitung zu verhindern. Sie müssen nur durch das Publikum verständnisvolle Förderung erfahren in ihren Maßnahmen und dadurch, daß jeder Einzelne das Beste tut, um sich selbst zu schützen und bei verdeckten Fällen sich des Schutzes und des Hilfe der Medizinbehörden zu bedienen und nicht etwa ihnen durch unverständlichen Egoismus, Neid und eben Weitläufigkeit entgegenzutun. Gleich zu solch logischem Weitläufigkeit anzuhören ist neben dem Selbstschutz die eigentliche Aufgabe, die der Einzelne zu erfüllen hat und in der Rache.

Sicherlich sei bemerkt, daß die Vorsichtsmaßnahmen besonders angezeigt sind bei kleinen Kindern und Greisen, die der Krankheit sehr leicht erliegen, während für Erwachsene die Ruhe weniger augenfälligste Todestraße bedeutet (10 Proz. Sterblichkeit im Durchschnitt) als oft sehr langwierige Nachwirkungen und dauernd zurückbleibende Schädigungen des Darms.

5. Klasse 179. Sächs. Landes-Lotterie.

III: Kammare. Jeder zweite Jahr zweiter Zahl, fikt. mit 450 Wert preisge-
wesen. (Siehe Geschichte der Ratschläge — Radierung unten).

17. Bildungsring vom 24. Oktober 1921.

100 000 Nr. 80764 S. Deutsches & Co., Schule,
100 000 Nr. 28274 Emil Cauer Hoch- und Tiefbau- u. Co. und
Deutsche Mälzerei in Torgau.

2000 Nr. 181 West Deutsche, Leipzig.

2000 Nr. 112670 West Deutsche, Leipzig.

2000 Nr. 181285 West Deutsche, Leipzig.

000 000 826 520 000 986 419 181 00000 982 781 485 485 170 865 800
000 232 261 260 000 654 069 404 974 849 000 240
000 044 566 1600 656 217 429 287 687 123 994 000 1000 811 866 867
000 478 662 260 000 883 863 998 00000 867 204 460 880 881 866 867
000 666 666 260 000 883 863 998 00000 867 204 460 880 881 866 867
000 847 847 991 862 448 886 000 134 478 268 453 453 877 000 442 847 847
000 848 848 848 848 848 848 848 848 848 848 848 848 848 848 848
000 849 849 849 849 849 849 849 849 849 849 849 849 849 849 849
000 850 850 850 850 850 850 850 850 850 850 850 850 850 850 850
000 851 851 851 851 851 851 851 851 851 851 851 851 851 851 851
000 852 852 852 852 852 852 852 852 852 852 852 852 852 852 852
000 853 853 853 853 853 853 853 853 853 853 853 853 853 853 853
000 854 854 854 854 854 854 854 854 854 854 854 854 854 854 854
000 855 855 855 855 855 855 855 855 855 855 855 855 855 855 855
000 856 856 856 856 856 856 856 856 856 856 856 856 856 856 856
000 857 857 857 857 857 857 857 857 857 857 857 857 857 857 857
000 858 858 858 858 858 858 858 858 858 858 858 858 858 858 858
000 859 859 859 859 859 859 859 859 859 859 859 859 859 859 859
000 860 860 860 860 860 860 860 860 860 860 860 860 860 860 860
000 861 861 861 861 861 861 861 861 861 861 861 861 861 861 861
000 862 862 862 862 862 862 862 862 862 862 862 862 862 862 862
000 863 863 863 863 863 863 863 863 863 863 863 863 863 863 863
000 864 864 864 864 864 864 864 864 864 864 864 864 864 864 864
000 865 865 865 865 865 865 865 865 865 865 865 865 865 865 865
000 866 866 866 866 866 866 866 866 866 866 866 866 866 866 866
000 867 867 867 867 867 867 867 867 867 867 867 867 867 867 867
000 868 868 868 868 868 868 868 868 868 868 868 868 868 868 868
000 869 869 869 869 869 869 869 869 869 869 869 869 869 869 869
000 870 870 870 870 870 870 870 870 870 870 870 870 870 870 870
000 871 871 871 871 871 871 871 871 871 871 871 871 871 871 871
000 872 872 872 872 872 872 872 872 872 872 872 872 872 872 872
000 873 873 873 873 873 873 873 873 873 873 873 873 873 873 873
000 874 874 874 874 874 874 874 874 874 874 874 874 874 874 874
000 875 875 875 875 875 875 875 875 875 875 875 875 875 875 875
000 876 876 876 876 876 876 876 876 876 876 876 876 876 876 876
000 877 877 877 877 877 877 877 877 877 877 877 877 877 877 877
000 878 878 878 878 878 878 878 878 878 878 878 878 878 878 878
000 879 879 879 879 879 879 879 879 879 879 879 879 879 879 879
000 880 880 880 880 880 880 880 880 880 880 880 880 880 880 880
000 881 881 881 881 881 881 881 881 881 881 881 881 881 881 881
000 882 882 882 882 882 882 882 882 882 882 882 882 882 882 882
000 883 883 883 883 883 883 883 883 883 883 883 883 883 883 883
000 884 884 884 884 884 884 884 884 884 884 884 884 884 884 884
000 885 885 885 885 885 885 885 885 885 885 885 885 885 885 885
000 886 886 886 886 886 886 886 886 886 886 886 886 886 886 886
000 887 887 887 887 887 887 887 887 887 887 887 887 887 887 887
000 888 888 888 888 888 888 888 888 888 888 888 888 888 888 888
000 889 889 889 889 889 889 889 889 889 889 889 889 889 889 889
000 890 890 890 890 890 890 890 890 890 890 890 890 890 890 890
000 891 891 891 891 891 891 891 891 891 891 891 891 891 891 891
000 892 892 892 892 892 892 892 892 892 892 892 892 892 892 892
000 893 893 893 893 893 893 893 893 893 893 893 893 893 893 893
000 894 894 894 894 894 894 894 894 894 894 894 894 894 894 894
000 895 895 895 895 895 895 895 895 895 895 895 895 895 895 895
000 896 896 896 896 896 896 896 896 896 896 896 896 896 896 896
000 897 897 897 897 897 897 897 897 897 897 897 897 897 897 897
000 898 898 898 898 898 898 898 898 898 898 898 898 898 898 898
000 899 899 899 899 899 899 899 899 899 899 899 899 899 899 899
000 900 900 900 900 900 900 900 900 900 900 900 900 900 900 900
000 901 901 901 901 901 901 901 901 901 901 901 901 901 901 901
000 902 902 902 902 902 902 902 902 902 902 902 902 902 902 902
000 903 903 903 903 903 903 903 903 903 903 903 903 903 903 903
000 904 904 904 904 904 904 904 904 904 904 904 904 904 904 904
000 905 905 905 905 905 905 905 905 905 905 905 905 905 905 905
000 906 906 906 906 906 906 906 906 906 906 906 906 906 906 906
000 907 907 907 907 907 907 907 907 907 907 907 907 907 907 907
000 908 908 908 908 908 908 908 908 908 908 908 908 908 908 908
000 909 909 909 909 909 909 909 909 909 909 909 909 909 909 909
000 910 910 910 910 910 910 910 910 910 910 910 910 910 910 910
000 911 911 911 911 911 911 911 911 911 911 911 911 911 911 911
000

Beilage zum „Riesener Tageblatt“.

Redaktion und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Nr. 250.

Dienstag, 25. Oktober 1921, abends.

74. Jahrg.

Die Regierungskrisis.

Der Reichspräsident hatte Montag nachmittag eine gesetzliche Versammlung mit den Führern der Fraktionen der Sozialdemokratie, des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei über die Frage der Bildung einer Koalition dieser Parteien. In mehrstündigen Verhandlungen ergab sich in der oberösterreichischen Frage die Aussicht einer Vereinigung, während in Sachen der inneren Politik noch Schwierigkeiten bestehen. Die Koalitionsvertreter erklärten, über das Ergebnis dieser Besprechungen zunächst mit ihren Fraktionen verhandeln zu müssen. Die Besprechungen beim Reichspräsidenten werden heute fortgesetzt. Ein Ergebnis ist im Laufe des heutigen Tages zu erwarten.

Die "Vossische Zeitung" weist über die gebrügten Befreiungen mitzuteilen, daß alle Parteien von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie von dem Verkennen geleitet wurden, eine mögliche geschlossene Front herzustellen. Es sei eine formelle Erklärung vorläufig vereinbart worden, die die Reichsverwaltung Deutschlands gegen die ungarische und willkürliche Entscheidung über Oberösterreich in schärfer Form zum Ausdruck bringt, aber die Entscheidung eines Kommissars zu den deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen gäbe. Diese Formel wird heute den Fraktionen unterbreitet werden. Bei der Erörterung des allgemeinen innenpolitischen Regierungsprogramms hätten sich erhebliche Gegensätze nur in der Steuerfrage ergeben. Man sei übereingekommen, die Forderungen der einzelnen Parteien den Fraktionen zur Kenntnis zu bringen und ihnen die Entscheidung zu überlassen. Aus der Tatsache, daß beim Reichspräsidenten Reichskanzler Dr. Wirth gemeinsam mit den sozialdemokratischen Vertretern an einer internen Aussprache zurücklich, glaubt die "Tageblatt" schließen zu dürfen, daß der Reichspräsident Dr. Wirth erneut mit der Bildung des Reichskabinetts einverstanden werde.

Verhandlungen zwischen den Demokraten und der Deutschen Volkspartei.

Zwischen den Demokraten und der Deutschen Volkspartei stand gestern eine Befreiung über die Frage der Entscheidung eines Kommissars zu den Verhandlungen mit Polen fest. Den Blättern zufolge besteht Aussicht auf ein Kompromiß, das dachten geben soll, die Ernennung eines Kommissars gleichzeitig mit einer Erklärung folgen zu lassen, die besagt, daß diese Ernennung keine Anerkennung der Generals Entscheidung bedeute. Die sozialdemokratische Fraktion ist laut "Vorwärts" der Ansicht, daß die Entscheidung eines Kommissars zugleich auch die Anerkennung der Entscheidung über Oberösterreich bedeute. Über die Haltung des Zentrums weiß die "Voss." mitzuteilen, daß es mehr der Aussicht der deutschen Volkspartei und der Demokraten entspricht. Nach dem Abend-Abendblatt hat die Demokratische Partei gestern vormittag zu der Einigungskonferenz, die zwischen den Beauftragten der Deutschen Volkspartei und der Demokraten festgelegt wurde, Stellung genommen und sie angenommen. Die Formel besagt in unzweideutiger Weise, daß die beiden Parteien gewillt seien, im Falle, daß die Entente in der Entscheidung des Kommissars die Annahme der oberösterreichischen Entscheidung erachtet, im Reichstage gegen die Annahme der Entscheidung des Volksrates zu stimmen. Bei der Festlegung dieser Formel haben sich die beiden Parteien von dem Gutachten leiten lassen, daß der maßgebende Völkerbundssouveräne Professor Dr. Schücking ausgearbeitet hat. Prof. Dr. Schücking legt seinem Gutachten den französischen Text der oberösterreichischen Entscheidung zugrunde, der gegenüber dem deutschen Texte noch viel weitergehend erscheint. Nach dem französischen Texte ist es klar erforderlich, daß die Entente in Deutschland die Entscheidung über Oberösterreich bestimmen. Das Zentrum und die S. P. D. sind gestern nachmittag von dem Beschluss der beiden Parteien verständigt worden mit der Empfehlung, die Erklärung ebenfalls zur Grundlage der neuen Koalitionsbildung zu machen.

Entschließungen der Deutschnationalen und Demokraten.

Die deutschnationale Fraktion des Reichstags hat an den Reichspräsidenten einen Schreiben gerichtet, worin beantragt wird, daß der Reichstag rechtzeitig vor Ablauf der in der Note vom 20. Oktober gefestigten Frist zusammentrete.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat gestern mittag dem Reichspräsidenten eine Entschließung über die oberösterreichische Note überreichen lassen, wonach die demokratische Fraktion in dieser Entscheidung der Deutschen Volkspartei konföderant eine Verlegung des Friedensvertrages fordert, was als eine Annahme dieser Gesamtentscheidung oder als vertragliche Bestätigung des Artikels 2 erachtet werden könnte und geeignet wäre, den Charakter der Entscheidung als eines einheitlichen Tatsatz zu verdeutlichen. Die Fraktion fordert daher eine feierliche Rechtsverwahrung der deutschen Regierung gegenüber der Entscheidung vom 20. Okt. Mit.

Die Deutsche Volkspartei für Ablehnung?

Die Tel.-U. meldet aus Berlin: Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei bestimmt in ihrer Nachsitzung zum Dienstag einstimmig die Abstinenz der Sachverständigen und der Entscheidung von Sachverständigen. Sie wird ihren Beschluss mit der Begründung dem Reichspräsidenten in einem Briefe mitteilen.

Amerika für Dr. Wirth.

Einer Washingtoner Exchange-Meldung zufolge hofft man in amerikanischen Regierungskreisen, daß Reichskanzler Wirth wieder die Führung der deutschen Regierung übernehmen. Man befürchtet den Rücktritt Dr. Wirths, der als aufrichtiger und fähiger Politiker angesehen wird, der bestrebt ist, dem Amerikaner und dem Weltkraut der Welt gegen Deutschland ein Ende zu machen.

Erfundene Nachrichten.

Aus Berlin wird gemeldet: Von ausländischen Nachrichtenagenturen wird in Paris und London die Meldung verbreitet, daß nach Berichten aus Beuthen deutsche militärische Organisationen mit der systematischen Herstellung des Industriematerials in Oberösterreich sowie der Eisenbahnbau und der jüngsten Kunstbauten der Eisenbahn begonnen hätten. Deutsche Nachrichten sind völlig frei erkundet und zeigen nur allzu deutlich polnische Tendenzen.

Der "Berliner Volkszeitung" meldet aus Katowitz: Hier brangen Montag morgen drei mit Revolvern bewaffnete Verbündete in das Hotel "Goldener Stern", ein, entzissen dem Kürschnere die Schüsse, erbrachen das Büro des Deutschen Aufschusses, raubten Uhren und Stempel und entzogen ungehindert.

Der neue Königstrum des Habsburgers zu Ende.

Karl und Zita gefangen.

Eine amtliche Darstellung des Putsches.

Über das neue Unternehmen des Erzherzogs Karl verbreitet das Ung.-Tel.-Korr.-Büro folgende zusammenfassende Darstellung:

Die ungarische Regierung erfuhr am Sonnabend morgen, daß Adalbert Karl mit Königin Zita am Freitag in Debrecen angelommen war, die Liefernahme der Königs gewalt proklamiert und eine Regierung unter Führung von Stephan Rákóczky ernannt hatte. Ministerpräsident Graf Bebilow bereitete den Ministerkrieg aufzunehmen, der einen Beschluss sah, demzufolge König Karl auf Grund des Artikels 1 des Gesetzes vom Jahre 1920 die Ausübung der Königs gewalt nicht übernehmen könne und das Land unverzüglich verlassen müsse. Die Regierung wurde in diesem Entschluß bestärkt durch die Erklärungen der Budapester Vertreter der Großen und der Kleinen Entente. Ministerpräsident Graf Bebilow unterrichtete davon wiederholte Male die Vertreter des Königs, Rákóczky, telefonisch und wies auf die unabwendbaren verhängnisvollen Folgen eines etwaigen Eintrags des Königs in Budapest hin, doch antwortete Rákóczky keineswegs Drohungen.

Die Regierung strebte eine unmittelbare Verhandlung mit dem König an. Um ihm den Ernst der Lage klarzulegen, entnahm er Sonnabend abend den Kultusminister Bak, der ein Schreiben des Reichsverwalters Horvay überbrachte, daß der Reichsverwalter auf die Vaterlands liebe des Königs berief und ihn zu bewegen suchte, das Land nicht ins Verbergen zu stürzen. Diesem Schreiben war auch die Note der Entente und die Bekanntgabe des Standpunktes der Kleinen Entente beigelegt. Bak wurde nicht zum König vorgeladen. Indessen leitete die aufmüpferischen Truppen den Vormarsch gegen Budapest fort. Die Regierung wollte sie ohne Blutvergießen aufhalten und ließ daher die Schienen anstreifen, die jedoch durch die Österreichburgische Vorhut wiederhergestellt wurden. So erreichten die Aufständischen Budapest. Die Regierung war daher gewungen, energische Maßnahmen anzuwenden. Nach einem erfolgreichen Gegenstoß des Budapesters wurden wieder friedliche Mittel verucht, und General Hegedüs, der sich in der Umgebung des Königs bereit und von Budapest gebeten, um sich persönlich von der Lage zu überzeugen. In Budapest wurde General Hegedüs in Anwesenheit des Ministerpräsidenten durch den englischen Gesandten Höhler über den Standpunkt der Großen und der Kleinen Entente unterrichtet. Der Ministerpräsident bat ihn, dem König wahrscheinlich zu berichten und ihn zur Aenderung seines Vorhabens zu überreden. Hegedüs lehrte zum König zurück. Da jedoch keine Antwort erfolgte, muhten militärische Maßnahmen getroffen werden, um die Gefahren eines Handstreichs abzuwenden. Die Regierung schreibt die Verantwortung dafür denjenigen, die bereit waren, aus selbstsüchtigen Gründen das Vaterland in den Abgrund zu stürzen.

Die Bedingungen der Regierung.

Das Ungar. Telegr.-Korr.-Büro meldet: Die Aufständischen riefen am 23. Oktober das Kommando der Nationalarmee um Entsendung zweier Delegierten zur Abhandlung von Waffenstillstandsverhandlungen. Die Verhandlungen begannen Montag früh 8 Uhr. Die Regierungsveteranen, Bevollmächtigter Minister Ranya und Feldmarschall Sarffang, überbrachten die Bedingungen der Regierung, die in sieben Punkten formuliert waren und folgendermaßen lauten: 1. Bedingungslose Waffenstillstand, 2. die militärischen Ratgeber des Königs sind vor das Kriegsgericht zu stellen, 3. die Mannschaften werden entwaffnet und amnestiert, 4. Endgültige Abdankung des Königs, 5. der König bleibt in Ungarn interniert, bis die Frage seines Abstandes geregelt sein wird, 6. der definitive Aufenthaltsort sowie die Modalitäten der Abreise werden von den Machthabern bestimmt, 7. die politischen Ratgeber des Königs werden vor das Kriegsgericht gestellt.

Die Bedingungen der Regierung wurden von Dr. Graf übernommen, der sich verpflichtet, sie dem König zu übermitteln und ihre Annahme zu empfehlen. Die militärische Aktion wird fortgesetzt und führt zu einem panzerartigen Rückzuge der Königstruppen, die zahlreiche Gefangene zurücklassen. Der König kommt seinem Gefolge und die Truppen bestiegen in Eile bereitgehaltene Bäume und fuhren in die Richtung auf Komorn ab. Die Regierung betrachtet damit die Militärfaktion als abgeschlossen, da sie den Anfang ist, daß der König keine Aussicht mehr hat, durch namhafte Verstärkungen seiner Streitkräfte seine Lage günstiger

zu gestalten. Monyor und Dejas haben sich neuerlich für den Reichsverwalter ausgesprochen.

Das Wiener Telegr.-Korr.-Büro meldet aus Budapest: Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß der Plan der Regierung dahingestellt, den König zur lebenslangen und endgültigen Thronentzugsung für sich und seinen Sohn zu zwingen, und ihn solange in Ungarn internieren zu lassen, bis die Klagen geregt seien wird.

Erzherzog Karl gefangen.

Aus Budapest wird gemeldet: Nach einem neuenlichen Gefecht wurden die Aufständischen zerstreut. Ihre Führer flüchteten und überließen die Tore für die Sicherheit der Person des Erzherzogs den Regierungstruppen. Erzherzog Karl wurde unter den höllischen Formen der Obhut des Obersten Eisenbahn- und

National-Armee anvertraut.

Die Aufständischen zogen sich bis Tata zurück. Sie haben die Hälfte ihres Kontingents verloren. Die Bauernschaft hat auf der Linie Biakovo-Sackesborow die Schienen aufgerissen, um ein Ausweichen der Aufständischen zu verhindern. Der die Aufständischen belärmende Eisenbahnzug verlief über die Stadt Tata nach Komorn zu gelangen. Die Aufständischen erlitten jedoch in Tata, daß die Eisenbahnstrecke nach Komorn unterbrochen sei und daß die dortige Garnison die Flucht mit Waffengewalt verhindern werde. Der Zug steht in Tata leer. Die ungarische Regierung hatte bereits zu Beginn des Putsches einen verlässlichen Offizier nach Tata geschickt, der jedoch von den durchziehenden Truppen Ösztensburgs am Sonnabend gefangen genommen worden war. Dieser Offizier nahm nun mehr in Tata das Kommando und sorgte für die Überwachung des Königs. Ferner ordnete er die ohne Führung gebildeten Aufständischen. Die an der Organisation des Putsches beteiligten Politiker und Soldaten fremder Herkunft ließen schließlich den Erzherzog im Etat und suchten nach Soldnerart sich den Folgen des begangenen Verrates durch die Flucht zu entziehen. Rákóczky, Andrássy und Dr. Graß sind noch in Tata in Gefangenschaft der ungarischen Nationalgarde geraten. Die Regierung hat Maßnahmen zur Entfernung der übrigen Aufständigen getroffen.

Aus einer Meldung des Wiener Korrbüros aus Budapest befindet sich Erzherzog Karl und Königin Zita zurzeit unter Bewachung auf dem Schloss Toto (Tata).

Besetzungen in Budapest.

Gegenwärtig finden in Budapest Besetzungen der Regierung und der Entente statt, zu denen auch Vertreter der Kleinen Entente geladen wurden und die sich mit dem Schloß des Erzherzogs beschäftigen.

Aus Budapest wird gemeldet: Im Laufe der vorliegenden Nacht wurden die vom Ministerkrieg im Verfolge der Ereignisse in Ungarn beschlossenen Maßnahmen durchgeführt, indem eine Reihe von Divisionen Marschbefehl gegen die ungarische Grenze erhalten hat. Der Eisenbahnverkehr mit Ungarn ist unterbrochen.

Die Schweiz zum Wortbruch des Habsburgers.

Wie die schweizerische Deutschenagentur meldet, hat der Bundesrat einstimmig den Wortbruch des Erzherzogs Karl verurteilt. An eine Rückkehr in die Schweiz könne nicht mehr gedacht werden.

General Franquet d'Esperay der Mittelsmann Karl?

In Berlin unterrichtet tschechischen Kreisen wird mitgeteilt, daß es keinerlei Zweifel unterliegen könne, daß Frankreich über das neue Unternehmen Karls vollständig unterrichtet war und es auch genehmigt hat. Der Mittelsmann ausländischen Kaiser Karl und der französischen Regierung sei der kommandierende General des 21. französischen Armeeforts in Straßburg. General Franquet d'Esperay gewesen, dessen Truppen bekanntlich im Herbst 1918 nach dem Abschluß des Waffenstillstands Ungarn und Budapest besetzt hatten. Das Blugzeug, daß Karl nach Oedenburg geholt hat, soll von einem französischen Offizier gekennert worden sein.

Die Stadt Wien anstelle Kownos Hauptstadt des Vereinigten österreichischen Reichs werden soll.

Amerika behält Truppen in Deutschland.

Die "New York Times" meldet: Der Kriegssekretär ordnete an, daß die amerikanischen Truppen in Deutschland um ungefähr 126 Offiziere und 758 Mann verengt werden; es verbleiben in Deutschland ungefähr 227 Offiziere und 6217 Mann. Die Verabschiedung wird angekündigt durch zwei Transportkompanien von Mitte November bis Mitte März. Die "New York Times" führt in Hinblick, offenbar hätten internationale Erwägungen, die mit der bevorstehenden Entmilitarisierungskonferenz zusammenhängen, den Beschluß, Truppen in Deutschland zu behalten, mit veranlaßt.

Gerüchte über einen Münchner Putsch.

Zu den an der gestrigen Berliner Börse verbreiteten Gerüchten über einen Putsch in München wird noch Erwähnung an amtlicher Seite gemacht, daß von einem Putsch in München keine Rede sein kann und daß auch keine Anzeichen vorliegen, daß ein solcher geplant ist.

Unhaltende Flucht vor der Mark.

Aus Berlin wird gemeldet: Der Dollar notierte an der Börse wieder einen Kurs von 172 1/2, nachdem er im Vormittagsspiel einen noch höheren Kurs von 174 erreicht hatte. Das Publikum legte wieder in Hartem Währung ausdrücklich seine Haltung auf.

Die Sozialisten gegen die Monarchie.

Aus Berlin wird gemeldet: Der "Vorwärts" und die "Freiheit" veröffentlichten eine Solidaritätserklärung,

